

Stracke: Neues Gesetz gängelt Waldbesitzer

Der Allgäuer CSU-Bundestagsabgeordnete diskutiert mit Vertretern von Forstbetriebsgemeinschaften. Sein Fazit: Das neue Bundeswaldgesetz der Ampel sei gut gemeint, aber schlecht gemacht.

Memmingen/Unterallgäu Welche bürokratischen Hürden schafft das neue Bundeswaldgesetz? Und was kommt auf Waldbesitzer zu mit der Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten auf europäischer Ebene? Darüber diskutierte der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke (CSU) mit Vertretern des AllgäuHolz-Verbands und den Forstbetriebsgemeinschaften Marktobendorf, Füssen und Memmingen sowie der Waldbesitzervereinigungen Kempten und Westallgäu.

AllgäuHolz-Geschäftsführer Andreas Täger hatte sich zuvor mit einem Appell an Stracke gewandt: Waldbesitzer lehnen die geplante Neufassung des Bundeswaldgesetzes ab. Dem stimmt Stracke zu: „Seit Jahrzehnten stellen sich Waldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften im Allgäu erfolgreich dem Thema Umbau zum klimastabilen Wald.“ Eine Fülle an

kleinteiligen Vorgaben, wie sie die Neufassung des Bundeswaldgesetzes vorsieht, nehme ihnen die Spielräume, um passgenaue Lösungen zu finden. „Das ist eine unzumutbare Gängelung.“

Neue Vorschriften und bürokratischen Pflichten würde Waldbesitzer und Forstbetriebsgemeinschaften gleichermaßen demotivieren, sagt Stracke. Und das in einer Zeit, in der Klimawandel und Waldumbau alle Waldbesitzer vor große Herausforderungen stelle.

„Wie abgrundtief muss das Misstrauen der Ampel gegen Waldbesitzer sein, dass sie so ein Gesetz auf den Weg bringen will“, fasste Josef Lessmann, Vorsitzender der FBG Memmingen, den Unmut zusammen. Stracke: Statt neuer Verbote und Vorschriften müsse man weiter auf Anreize setzen, damit sich auch künftige Generationen mit Begeisterung der Herausforderung des Waldum-



Stephan Stracke sprach mit Waldbesitzern und Forstbetriebsfachleuten über die Herausforderungen für den Waldumbau. Foto: Abgeordnetenbüro

baus stellen. „Waldbesitzer brauchen Freiheit und Freude an der Bewirtschaftung. Nur dies sichert den Erhalt der Wälder auf Dauer.“

Waldbesitzer kritisieren zudem

die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten. Ziel sei es, in Europa den Handel mit Produkten zu unterbinden, die zur weltweiten Entwaldung beitragen.

In der Folge werde ein Bürokratiemonster geschaffen: Die Verordnung verpflichte dazu, jeden Holzeinschlag genau zu verorten, anzumelden und zu dokumentieren. Dies geschehe ohne erkennbaren Mehrwert, in Deutschland gibt es keine Gefahr der Entwaldung.

„Gut gemeint, aber schlecht gemacht. Damit lässt sich zusammenfassen, welche Hindernisse die Ampel Waldbesitzern und Forstbetriebsgemeinschaften unter dem Deckmantel des hohen moralischen Anspruchs grundlos zumutet“, findet Stracke.

Doch Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir, so Stracke, sehe nur durch die ideologische Brille und habe die Verordnung auf europäischer Ebene nicht verhindert. Jetzt gelte es, in der Umsetzung zu retten, was noch zu retten ist. Zugleich müsse das Thema nach der Europawahl neu aufgerollt werden. (AZ)